



Foto: Regina Kobold

Internationale Krisen verschärfen Flucht und Vertreibung

Köln vor großen Herausforderungen

Die internationalen Krisen verschärfen sich zusehends. Bürgerkrieg und Terror führen zu Flucht und Vertreibung. Täglich erreichen uns dramatische Bilder von der humanitären Katastrophe im Irak. Laut UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR beantragten im ersten Halbjahr 2014 über 330.700 Menschen in den Industriestaaten Asyl. In 2014 wird NRW voraussichtlich über 37.000 Flüchtlinge aufnehmen. Auch die Zahl der Flüchtlinge in Köln steigt stetig an. Derzeit sind es bereits 4.296 Menschen. Bis Ende 2015 wird mit über 5.300 Flüchtlingen gerechnet.

Die Stadtverwaltung stößt gegenwärtig an ihre Grenzen, die Flüchtlinge zu den gewollten humanen Bedingungen unterbringen zu können. Mit den 2004 vom Rat beschlossenen Leitlinien zur Unterbringung von Flüchtlingen wurden klare humanitäre Standards gesetzt. Doch aufgrund des akuten Mangels an Unterkünften, werden wichtige Kriterien dieser Leitlinien zusehends unterlaufen und nicht eingehalten.

Obdachlosigkeit abwenden

Die Kernaufgabe der Verwaltung besteht derzeit vor allem darin, drohende Obdachlosigkeit für Flüchtlinge zu verhindern.

- So wurden 75 von der Bezirksregierung Arnsberg zugewiesene syrische Flüchtlinge in einem Hotel in Kalk untergebracht, obwohl in sozial angespannten Stadtteilen keine Unter-

künfte eingerichtet werden sollten. Das Ziel ist die stadtweit ausgewogene Verteilung.

- Neben den temporären Standorten in Systembauweise werden nun drei Standorte mit schnell realisierbaren Wohncontainern gebaut, die keine abgeschlossenen Wohnungen bieten. Die Sanitäreinrichtungen befinden sich in separaten Containern. Aufenthaltscontainer haben Kochmöglichkeiten. Statt 80 Personen – gemäß Leitlinien – werden inzwischen bis zu 110 -120 Personen für 2 Jahre untergebracht.
- Die Erstaufnahmeeinrichtungen in der Herkulesstraße und der Vorgebirgsstraße sind längst Massenunterkünfte geworden. Auch dort wurden Container aufgestellt.
- Nun wird in einem ehemaligen Baumarkt in Porz-Eil eine Notaufnahme für 200 Menschen eingerichtet, die dort einige Wochen auf ihre Weiterverteilung warten sollen.

Fazit

Inzwischen entsprechen über 50% der Flüchtlingsunterkünfte nicht mehr den humanen Standards. Die Lage verschärft sich: Zwar konnten seit Januar 2014 insgesamt 1.026 neue Unterbringungsplätze geschaffen werden, dem gegenüber stehen jedoch monatlich 120-130 Neuzugänge.

Das Sozialdezernat geht verschiedene Wege zur Wohnraumbeschaffung für Flüchtlinge:

- Langfristig: Errichtung fester Wohnhäuser zur dezentralen Unterbringung nach den Leitlinien sowie Vermittlung von Flüchtlingen in Mietwohnungen durch das städtische Auszugsmanagement.
- Mittelfristig: Errichtung temporärer Unterkünfte in Systembauweise für 5 Jahre. Während dieser Zeit Vermittlung in Wohnungen.
- Kurzfristig: Anmietung von Hotels und einfachen Wohncontainern sowie Umnutzung von ungenutzten Gewerberäumen zu Wohnzwecken

Unbestreitbar haben Fehler der Vergangenheit, für die Rat und Verwaltung Verantwortung tragen, mit zu dieser Notlage geführt. Durch eine mangelnde vorausschauende Planung wurden zu wenig standardgerechte Wohnmöglichkeiten geschaffen.

Aber nicht zuletzt sind Bundes- und Landesregierung in der Pflicht, die Städte finanziell zu unterstützen und auch eigene geeignete Immobilien zur Verfügung zu stellen. Genauso wichtig ist aber nun die Solidarität und praktische Unterstützung für Flüchtlinge aus der Stadtgesellschaft. Dafür gibt es in Köln bereits gute Beispiele, die es nach Kräften von Rat und Verwaltung zu fördern gilt.

Marion Heuser

Hängepartie

Das Ratswahlergebnis vom 25. Mai ermöglicht der seit 2006 als „Kernbündnis“ bzw. Koalition agierenden rot-grünen Mehrheit weiter politisch gestalten zu können – allerdings nur mit der Stimme von OB Jürgen Roters (SPD) oder weiteren Unterstützenden. Die in Köln Wählenden haben für eine „Linksverschiebung“ gesorgt. Die Linke gewann deutlich hinzu, die Freunde auch, die Piraten zogen in den Rat ein. Diese Konstellation hat zusammen mit SPD und GRÜNE komfortable 55 Stimmen.

Der seit 1984 stetig wachsende Erfolg der GRÜNEN erhielt mit 2,2% Verlust einen Dämpfer. Sie gewannen zwar 2.600 Nichtwählende hinzu, verloren aber 5.900 Stimmen an die SPD, 2.600 an die Linke und 900 an die Piraten. Die CDU hat ihr Wahlziel, dominierende Kraft in Köln zu werden, eklatant verfehlt. Die FDP hat sich nahezu halbiert und wurde vom bundesweiten Absturz erfasst. Die rechtsextreme „proköl“ verlor sehr deutlich. Die bundesweit rechtspopulistisch verortete AfD hat mit 3,6% nun 3 Sitze. Sie profitierte von 7.000 Nichtwählenden, aber gewann auch signifikant CDU-, SPD- und FDP- und proKöln-Stimmen – insgesamt 6.900.

Eine Fortsetzung des rot-grünen Bündnisses wäre machbar und würde weiterhin eine stabile und berechenbare Stadtpolitik gewährleisten. Denn eine Großstadt ist mit wechselnden Mehrheiten nicht regierbar. Aber

die SPD-Führung verweigert sich. So werden vorerst die Haushaltsverhandlungen 2015 zeigen, wohin die Reise geht. Es ist aber eher zu befürchten, dass Köln eine Hängepartie bis zur OB-Wahl im Herbst 2015 bevorsteht.

Jörg Frank

Rat für Neuauszählung

Eine Ratsmehrheit aus CDU, GRÜNE, FDP, Die Freunde und FWK hat am 30.09. beschlossen, dass Ratswahlergebnis durch eine Komplettauszählung aller 1.024 Stimmbezirke zu überprüfen. Kreiswahlleiter Guido Kahlen (SPD) hat angekündigt, die Umsetzung dieses Ratsbeschlusses zu verweigern und den Beschluss „in Abstimmung mit der Bezirksregierung Köln“ beanstanden zu wollen. Zugleich kündigte die CDU an, gegen die Ablehnung ihres Wahleinspruchs zwecks Auszählung einiger von ihr gewünschter Stimmbezirke gerichtlich zu klagen. Der CDU-Einspruch war im Rat mit der Mehrheit von SPD, GRÜNE und Linke zurückgewiesen worden. Mit einer populistischen CDU-Kampagne, an deren Spitze sich Kölns Printleitmedium „Kölner Stadtanzeiger“ unter Missachtung aller Regeln eines seriösen und pluralen Journalismus gesetzt hat, wurde die Glaubwürdigkeit des Wahlergebnisses in Teilen der Bürgerschaft nachhaltig erschüttert (siehe „Aufgespießt“, S. 8). Um diese herbeigeführte Vertrauenskrise zu überwinden, halten die GRÜNEN eine Komplettauszählung für geboten.

Die Auszählung einzelner Stimmbezirke lehnen die GRÜNEN ab. Statistisch betrachtet, läge ein korrigiertes Gesamtergebnis aufgrund einiger willkürlich ausgewählter Stimmbezirke keineswegs näher am wahren Ergebnis. Die Gefahr von Verzerrungen des realen Ergebnisses ist viel zu groß.

Da die vorherrschende Rechtsprechung eine Auszählung nur für rechtmäßig hält, wenn Indizien für Wahlfehler oder Unregelmäßigkeiten vorliegen, hat die Kölner Regierungspräsidentin Walsken (SPD) bereits am 19.9. eine Neuauszählung aufgrund statistischer Auffälligkeiten für unzulässig gewertet. Somit wird der seit Wochen heftig geführte Streit über das Ratswahlergebnis nun vom Verwaltungsgericht entschieden. *jf*

Partei	2014 Sitze	+/-
SPD	27	+2
CDU	24	-1
GRÜNE	18	-2
FDP	5	-4
DIE LINKE	6	+2
AfD	3	+3
PIRATEN	2	+2
DEINE FREUNDE	2	+1
Pro Köln	2	-3
FWK (KBB)	1	0

	Ratswahl 2014	in %	Ratswahl 2009	in %	Gewinne & Verluste	in %
Wahlberechtigte	802.891	100,0%	764.876	100,0%	38.015	-
Wähler	398.719	49,7%	375.429	49,1%	23.290	0,6%
gültige Stimmen	394.410	98,9%	371.324	98,9%	23.086	0,0%
SPD	116.053	29,4%	104.029	28,0%	12.024	1,4%
CDU	107.279	27,2%	103.486	27,9%	3.793	-0,7%
GRÜNE	76.981	19,5%	80.455	21,7%	-3.474	-2,2%
DIE LINKE	27.448	7,0%	17.960	4,8%	9.488	2,1%
FDP	20.070	5,1%	34.965	9,4%	-14.895	-4,3%
AfD	14.195	3,6%	0	0,0%	14.195	3,6%
PRO KÖLN	10.224	2,6%	19.895	5,4%	-9.671	-2,8%
PIRATEN	8.177	2,1%	0	0,0%	8.177	2,1%
DEINE FREUNDE	7.815	2,0%	2.904	0,8%	4.911	1,2%
FWK	3.358	0,9%	5.385	1,5%	-2.027	-0,6%
BIG	1.111	0,3%	0	0,0%	1.111	0,3%
EINHEIT	764	0,2%	0	0,0%	764	0,2%
Die PARTEI	534	0,1%	0	0,0%	534	0,1%
NPD	247	0,1%	141	0,0%	106	0,0%
LD	44	0,0%	63	0,0%	-19	0,0%

Infrastruktur des öffentlichen Nahverkehrs

Den Verfall stoppen!

Öffentliche Verkehrsmittel garantieren die Mobilität aller Bürgerinnen und Bürger. Weil Köln wächst und gleichzeitig immer mehr Menschen vom Auto auf die Öffentlichen Verkehrsmittel umsteigen, muss der öffentliche Nahverkehr (ÖPNV) leistungsfähig bleiben! Leider ist nicht nur der Ausbau der ÖPNV-Infrastruktur, sondern auch die notwendigen Sanierungs- und Instandhaltung des Streckennetzes aus Geldmangel stark gefährdet. Massive Kürzungen der öffentlichen Haushaltsmittel und eine fehlende Dynamisierung der Mittel für Infrastruktur und Betrieb des ÖPNV haben mittlerweile erhebliche Auswirkungen auf seine Leistungsfähigkeit.

Finanzierung läuft aus!

Betrieb und Infrastruktur werden durch das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG), die Regionalisierungsmittel des Bundes sowie das ÖPNV-Gesetz NRW finanziert. Das GVFG läuft 2019 aus. Somit gibt es ab 2019 auch keine gesicherte Finanzierungsgrundlage für die Kölner ÖPNV-Projekte: Fertigstellung Waidmarkt, Ost-West-Achse, Verlängerung der Linie 7. Das ÖPNV-Gesetz läuft bereits 2017 aus. Da die zur Verfügung stehenden Mittel bereits bis dahin ausgeschöpft wurden, sind die Verlängerung der Stadtbahn nach Bocklemünd/Mengenich, die Abstellanlage in Weidenpesch oder das Erneuerungsprogramm für die Rolltreppen gefährdet. Zwar deutet einiges darauf hin, dass das ÖPNV-Gesetz vom Land bis 2019 verlängert wird. Doch auch dann ist hier Feierabend, wenn das GVFG des Bundes nicht verlängert wird, weil sich das ÖPNV-Gesetz NRW aus diesen Mitteln speist.

Bislang stellt der Bund ca. 1,3 Mrd. Euro jährlich für ÖPNV-Projekte zur Verfügung. Der nachgewiesene Bedarf liegt aber bei knapp 2 Mrd. Euro jährlich. Verkehrsprojekte brauchen einen jahrelangen Vorlauf und deshalb auch Planungssicherheit bei der Finanzierung. Daher muss eine schnelle Einigung erzielt werden, wie die ÖPNV-Finanzierung über 2019 hinaus fortgeführt werden soll. Ein Planungsstopp hat auch äußert negative Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Deutschland und konterkariert wirksame Maßnahmen für den Klimaschutz.

Infrastrukturzuschlag

Durch den Bericht der Daehre-Kommission zur Zukunft der Verkehrsinfrastruktur ist bekannt, dass in den nächsten 15 Jahren jährlich mindestens 7,2 Mrd. Euro Investitionsmittel fehlen werden. Die Leverkusener Brücke der A1 ist das bislang bekannteste Beispiel zahlreicher verschlissener Auto- und Eisenbahnbrücken. Einen guten Vorschlag hat der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) gemacht: Ab 2019 soll der Solidaritätszuschlag in einen Infrastrukturzuschlag umgewandelt werden. Mit den derzeit etwa 13,6 Mrd. Euro jährlich, die in einen Fonds fließen sollen, könnten die Mittel zweckgebunden und zugriffssicher für die Sanierung und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur verwendet werden. Die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen, der Wirtschaftsstandort Köln und nicht zuletzt der Klimaschutz fordern ein schnelles Handeln!

Andreas Wolter



Foto: Oliver Mostert

Bürgerhaushalt 2015

Das Bürgerhaushaltsverfahren wird in 2015 fortgeführt. Der Finanzausschuss beauftragte am 29.9. die Verwaltung mit der Vorbereitung. Dem von SPD und GRÜNE eingebrachten Dringlichkeitsantrag schlossen sich im Ausschuss CDU, Linke und FDP als weitere Antragstellende an. Da die Einbringung des Haushaltsentwurfs 2015 bevorsteht, musste per Dringlichkeit entschieden werden, um die Internet-gestützte Bürgerbeteiligung rechtzeitig vor den Hpl-Beratungen zu starten. Der Schwerpunkt der Beteiligung liegt 2015 auf den Vorschlägen aus der Bürgerschaft für die Stadtbezirke. Zugelassen sind alle Vorschläge, die sich auf Maßnahmen beziehen, die in die Zuständigkeit der Bezirksvertretungen fallen. In jeder der neun Bezirksvertretungen werden die Vorschläge auf Basis der Pro-Kontra-Bewertungen in einer Rangfolge vorgelegt, die auf 15 je Bezirk begrenzt sind. Weiterhin können auch wie bisher Vorschläge zum Gesamthaushalt gemacht werden, die dann dem Finanzausschuss bei den Hpl-Beratungen zur Entscheidung vorliegen.

Ohne Befund



Foto: Tim Beckmann / pixelio.de

Ausländische Geheimdienste soll kein Datenzugriff über einen Einbruch in das Netz des städtischen Telekom- und Internetdienstleisters NetCologne gelungen sein. „Der Spiegel“ und andere Medien mutmaßten über einen „Online-Einbruch“ der NSA-Schnüffler. NetCologne erklärte, mit Hilfe des Bundesdatenschutzbeauftragten, des Bundeamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) und Experten des Chaos Computer Clubs eine umfassende Prüfung durchgeführt zu haben. Indizien für Zugriffe wurden nicht gefunden. Die Stadtverwaltung unterhält ein eigenständiges Netz mit eigener TK- und IT-Infrastruktur, das durch hohe Sicherheitsstandards, die ständig aktualisiert werden, geschützt ist. Es wird regelmäßig vom BSI geprüft und nach ISO 27001 zertifiziert.

Kurz & bündig

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Die grüne Fraktion im Kölner Rat besteht für die Wahlperiode 2014 bis 2020 aus 18 Ratsmitgliedern. Bei der Kommunalwahl am 25. Mai 2014 erzielten die GRÜNEN in der Ratswahl 19,5% (2009: 21,7%). **Sechs GRÜNE wurden direkt in den Rat gewählt**, da sie in den folgenden Wahlbezirken Direktmandate errungen haben: Jörg Frank (05 Altstadt Nord II/Neustadt Nord II), Marion Heuser (02 Neustadt/Süd I), Sabine Pakulat (16 Klettenberg/Sülz I), Horst Thelen (32 Nippes I), Dr. Matthias Welpmann (22 Ehrenfeld I/Neuehrenfeld I), Andreas Wolter (03 Altstadt/Süd II, Neustadt/Süd II).

Der neu gewählte Rat besteht nun aus 6 Fraktionen, 3 Gruppen und einem Einzelmandatsträger. Dies ist ein wesentlicher Grund dafür, dass er drei Sitzungen für seine Konstituierung benötigte. Am 24. Juni wurden vier ehrenamtliche Bürgermeister gewählt und die Ratsausschüsse strukturiert, die dann am 1. Juli gewählt wurden. Am 2. September wählte der Rat seine Vertreter/innen in die Aufsichtsräte der städtischen Unternehmen, in die Zweckverbandsversammlungen des Verkehrsverbands Rhein-Sieg (VRS) und der Sparkasse KölnBonn sowie in eine Vielzahl weiterer Gremien. Die komplette Übersicht der grünen Vertreter/innen in diesen Aufsichtsgremien ist demnächst auf der Website der grünen Ratsfraktion zu finden.



Berivan Aymaz

Sprecherin Ausschuss Anregungen&Beschwerden, Ausschuss Kunst&Kultur, Ausschuss Allgemeine Verwaltung/Vergabe/Internationales



Susanne Bercher-Hiss

Ausschuss Umwelt&Grün, Sportausschuss



Marion Heuser

Sprecherin im Ausschuss Soziales&Senioren, Verkehrsausschuss, Integrationsrat, Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik



Kirsten Jahn

Fraktionsvorsitzende, Sprecherin im Stadtentwicklungsausschuss, Jugendhilfeausschuss, Hauptausschuss



Sabine Pakulat

Sprecherin im Liegenschaftsausschuss, Stadtentwicklungsausschuss, Wirtschaftsausschuss



Svenja Rabenstein

Sprecherin im Jugendhilfeausschuss, Ausschuss Schule&Weiterbildung



Horst Thelen

Vorsitzender des Ausschusses Anregungen&Beschwerden, Sprecher im Ausschuss Schule&Weiterbildung, stellv. Mitglied Jugendhilfeausschuss



Dr. Ralf Unna

Vorsitzender des Gesundheitsausschusses, Sprecher für Gesundheitspolitik, Rechnungsprüfungsausschuss



Dr. Matthias Welpmann

Umweltpolitischer Sprecher, Ausschuss Umwelt&Grün, Stadtentwicklungsausschuss



Julia Woller

Frauenpolit. Sprecherin, Ausschuss Allg. Verwaltung/Vergabe/Internationales, Ausschuss Soziales&Senioren, stellv. Mitglied Jugendhilfeausschuss

im Kölner Rat 2014 - 2020



Gerd Brust
Sprecher im Bauausschuss, Ausschuss Umwelt&Grün, Sprecher im Rechnungsprüfungsausschuss



Brigitta von Bülow
Stellv. Fraktionsvorsitzende; Sprecherin im Ausschuss Kunst&Kultur, Finanzausschuss, Hauptausschuss



Jörg Frank
Fraktionsgeschäftsführer, Vorsitzender des Liegenschaftsausschusses, Sprecher im Finanzausschuss und im Wirtschaftsausschuss, Hauptausschuss, Wahlausschuss



Lino Hammer
Sprecher im Verkehrsausschuss, Ausschuss Anregungen&Beschwerden, Wahlprüfungsausschuss



Manfred Richter
Sprecher im Ausschuss Allgemeine Verwaltung u. Rechtsfragen/Vergabe/Internationales, Finanzausschuss



Elisabeth Thelen
Sportpolitische Sprecherin, Sportausschuss, Wirtschaftsausschuss

Sachkundige Bürger & Bürgerinnen

Der Rat wählte auf Vorschlag der grünen Ratsfraktion folgende grüne Mitglieder zu stimmberechtigten sachkundigen Bürger & Bürgerinnen in die jeweiligen Fachausschüsse:

Ausschuss Kunst&Kultur:	Peter Sörries
Ausschuss Schule&Weiterbildung:	Ulrike Kessing
Ausschuss Soziales&Senioren:	Horst Ladenberger
Bauausschuss:	Ralf Klemm
Gesundheitsausschuss:	Joachim Heinlein
Wahlprüfungsausschuss:	Manfred Waddey



Andreas Wolter
3. Bürgermeister, Vorsitzender des Verkehrsausschusses



Firat Yurtsever
Sprecher im Integrationsrat, Rechnungsprüfungsausschuss, Sportausschuss

Betriebsausschüsse

Folgende Ausschüsse sind zugleich auch Betriebsausschüsse für die jeweiligen Eigenbetriebe der Stadt Köln und personell identisch besetzt:

- Ausschuss Kunst&Kultur zugleich Betriebsausschuss Bühnen, GürzenichOrchester und Walraff-Richartz-Museum + Fondation Corbaud
- Bauausschuss zugleich Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft
- Finanzausschuss zugleich Betriebsausschuss Veranstaltungszentrum Köln
- Ausschuss Umwelt&Grün zugleich Betriebsausschuss Abfallwirtschaftsbetrieb

Jüdisches Museum



Foto: Oliver Mosbert

Trotz großer Koalition (GroKo) im Landschaftsverband (LVR) soll die Archäologische Zone mit jüdischem Museum als „Netzwerkprojekt“ von LVR und Stadt Köln realisiert werden, heißt es im CDU-SPD-Koalitionsvertrag. Das freut und verwundert zugleich. Allerdings soll die LVR-Verwaltung „kurzfristig einen Decklungsbeschluss vorlegen“. Während die CDU nun im LVR das Vorhaben mitträgt, macht die CDU im Kölner Rat dagegen Front. Dabei sind die handelnden CDU-Personen weitgehend identisch. Noch am 02.09. beantragte die CDU im Rat, die vom „Bürgerbegehren Rathausplatz“ favorisierte „behutsame, maßvolle Lösung, die den Rathausplatz erhält, ... und die Baukosten um die Hälfte vermindert“ planerisch aufzuarbeiten. Dabei ist der CDU bewusst, dass dies das Projektende bedeutet hätte.

Argumentiert nun Ralph Elster (CDU), der dem Rat und der Landschaftsversammlung angehört, im Rat dagegen und im LVR dafür?

Wie auch immer! Die Kooperationsvereinbarung zwischen LVR und Stadt Köln hat offenbar weiterhin Bestand. Seitens der Stadt zeigte sich Projektleiter Dr. Markus Trier jüngst im Kulturausschuss optimistisch. Die Basis für Optimismus würde fester, wenn der LVR nun zügig eine Projektleitung beruft und die offenen Fragen zur Kostenentwicklung, zum Raumprogramm und Konzept für das Haus beantworten würden. *bb*

Abgabe zulässig



Foto: Oliver Mosbert

Die Erhebung der Kulturförderabgabe als kommunale Aufwandsteuer ist und bleibt rechtlich zulässig. Einige Medienberichte vermeldeten fälschlich die Un-

zulässigkeit. Das Bundesverwaltungsgericht hat mit seiner Entscheidung vom 29.08.2014 lediglich die Entscheidung des OVG Münster bestätigt, wonach nicht der Beherbergungsbetrieb, sondern der Gast Steuerschuldner gegenüber der Stadt ist. Der Beherbergungsbetrieb hat aber die Entrichtungspflicht. Folglich ist eine Änderung der Kölner Satzung notwendig. Das Gericht verweist darauf, dass dieses Verfahren auf dem Landesrecht, nämlich dem Kommunalabgabengesetz NRW, beruht. Demnach gilt in NRW ein „Sonderweg“ im Vergleich zu anderen Bundesländern, in denen Kommunen auch eine Steuer auf private Übernachtungen erheben. Dort ist der Hotelbetrieb der Steuerschuldner.

Bereits das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom Juli 2012 stellt eindeutig klar, dass die Besteuerung von Übernachtungen im Beherbergungsgewerbe für alle Übernachtungen, die nicht beruflich zwingend erforderlich sind, zulässig ist.

Mit der Kulturförderabgabe sollen in Köln gezielt kulturelle Einrichtungen, kulturelle Bildung, Kreativwirtschaft, Tourismus, Standortmarketing und die Verbesserung des Stadtbildes finanziert werden. Dies steigert auch die touristische Attraktivität Kölns. *jf*



Foto: Christiane Martin

Zehn Ratsmitglieder, die zum Teil sehr lange der grünen Ratsfraktion angehörten, traten nicht mehr zur Kommunalwahl 2014 an und sind nun aus dem Rat ausgeschieden. Darunter sind Ratsmitglieder, die über Jahre das kommunalpolitische Profil der GRÜNEN nachhaltig prägten und reale Veränderungen in Köln bewirkt haben. Die Kölner GRÜNEN bedanken sich bei Ossi Helling, Barbara Moritz, Manfred ‚Berti‘ Waddey, Angela Spizig, Gaby Schlitt, Bettina Tull, Sabine Müller, Stefan Peil, Kirsten Reinhardt und Karsten Kretschmer.

„Aus der Bürgerinitiative in den Rat“

Wie viele GRÜNE kam auch ich so zur Politik, nicht geplant, sondern durch Aktionen.

1999 wurde ich Kultursprecherin im Rat. Ich freute mich, nicht ahnend, welche Herausforderungen dieses Amt in Köln mit sich bringt. Barbara Moritz war unsere neue Fraktionsvorsitzende. Die erste grüne Bürgermeisterin zog nach wenigen Monaten als Ministerin gen Norden, und zu meiner Überraschung wurde ich ihre Nachfolgerin - als Neuling und Freigeist.

Zu Beginn meiner Amtszeit galt es, Vorurteile zu widerlegen. Bei offiziellen Veranstaltungen sprach ich mein Grußwort im Namen des OB. Nach dem Applaus gab es häufig jovialen Zuspruch wie: „Eine schöne Rede, Frau Bürgermeisterin. Zu welcher Partei gehören Sie?“ Wenn ich stolz antwortete „den GRÜNEN“, folgte erst Schweigen

und dann der ermutigende Satz: „War aber trotzdem eine schöne Rede!“ Diese antizipierte Wahrnehmung der GRÜNEN änderte sich bald. Aus der Stadtgesellschaft wurden hohe Erwartungen an die Fraktion und an mich gestellt. Als Bürgermeisterin bearbeitete ich alle möglichen Themen, die in Stadt, Land und Europa anfallen.

Meine persönlichen Schwerpunkte waren Kultur, Medien, Internationales, die mich nun auch in meiner „Post-Rathaus-Zeit“ beschäftigen. Köln ist eine strahlende Literatur-Stadt – es sollte auch als Filmstadt stärker glänzen!

Besonders faszinierend war es für mich, die unterschiedlichen Menschen, Mi-

lieus und das spezielle soziale Klima Kölns kennen und schätzen zu lernen. Personen und Projekte, mit denen ich gearbeitet habe: Städtepartnerschaft Rio-Köln, Pélé und Gilberto Gil, Klaus, der Geiger, Monika Hausers „Medica Mondiale“, Gunter Demnigs „Stolpersteine“, Kunstausstellungen im Gulliver, Französisches Kulturinstitut, Foto-Ausstellung „Armut“ im Kölner Opernhaus, Shakespeare-Stücke mit jungen Flüchtlingen aus Afrika, Jim Jarmusch in



Foto: Cora Bellbesaks

Am 24. Juni wählte der Rat Andreas Wolter zum 3. ehrenamtlichen Bürgermeister. Er tritt damit die Nachfolge von Angela Spizig an, die seit 2000 dieses Amt ausübte. 1999 wurde erstmals ein grünes Ratsmitglied zur ehrenamtlichen Bürgermeisterin gewählt: Anne Lütkes. Als Ergebnis der Kommunalwahl 2014 stellen nun SPD, CDU und GRÜNE für die neue Wahlperiode die ehrenamtlichen Bürgermeister.

den Kölner Studios, Lobby für Mädchen und Notruf für Frauen, Kunsthaus Rhenania, Kinder in der Minibib ...

Auf www.gruenekoeln.de gibt es Fotos und Texte aus diesen 14 Jahren.

Ich verdanke meinen Kölner Grünen viel und werde weiterhin mit Euch für die Lebensqualität in Köln kämpfen - nicht mehr im Rathaus, sondern unterwegs.

*Angela Spizig
Bürgermeisterin der Stadt Köln von 2000-2014*

Officier dans l'Ordre des Arts et des Lettres

Impressum

Herausgeberin/Verlegerin: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat, Rathausplatz 1, 50667 Köln

Tel.: (0221) 22125919; **Fax:** (0221) 22124555
E-Mail: gruene-fraktion@stadt-koeln.de

Verantwortlich: Jörg Frank (ViSdPG)

Autoren & Autorinnen dieser Ausgabe:

Brigitta von Bülow (bb), Jörg Frank (jf), Kirsten Jahn (kj), Ignatz Igel (ii), Lino Hammer (lh), Marion Heuser (mh), Angela Spizig, Andreas Wolter (aw)

Realisation: Einblick Verlag Köln, Tel. 0221 / 510 65 50,

Bezug: kostenlos

Erscheinungsweise: 8 mal jährlich
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 30.09.2014
Die nächste Ausgabe erscheint am 13.11.2014

Rathaus Ratlos im Internet
www.gruenekoeln.de

Technische Realisation: Regina Kobold
E-Mail: regina.kobold@stadt-koeln.de

FRAKTIONSGESCHÄFTSSTELLE

Bündnis 90 / Die Grünen im Kölner Rat

Rathaus - Spanischer Bau, Rathausplatz 1, 50667 Köln

Tel.: 0221 / 22125919 oder 22125920

E-Mail: gruene-fraktion@stadt-koeln.de

Öffnungszeiten: mo bis fr 9 – 12 Uhr;

mo, di, do 13 – 16 Uhr; mi 13 – 19 Uhr

Fraktionsvorstand: Vorsitzende: **Kirsten Jahn**; Stellv.

Vorsitzende: **Birgitta von Bülow**; Fraktionsge-

schäftsführer: **Jörg Frank**; Vorstandsmitglieder:

Marion Heuser, Manfred Richter

Fraktionssitzung (Mittwochsreis):

In der Regel mittwochs um 19:00 Uhr im spani-

schen Bau des Rathauses, Saal A15a, Erdgeschoss.

BÜRGERMEISTER

Andreas Wolter

Tel.: 0221 / 22126063, **Fax:** 0221 / 22126064

Mail: andreas.wolter@stadt-koeln.de

Referent: Christoph Goormann

Mail: christoph.goormann@stadt-koeln.de

ARBEITSKREISE

Die Fraktionsarbeitskreise tagen in der Regel während der Sitzungszeit monatlich im Fraktionsbüro, Rathaus Spanischer Bau, Rathausplatz 1. Die aktuellen Termine erfahren Sie entweder telefonisch (22125919) oder per eMail (gruene-fraktion@stadt-koeln.de). Im folgenden die Übersicht der verantwortlichen Ratsmitglieder (Sprecher & Sprecherinnen) für die jeweiligen Politikbereiche:

Anregungen & Beschwerden

Bauen:

Finanzen:

Gesundheit:

Jugendhilfe:

Kultur:

Liegenschaften:

Rechnungsprüfung:

Schule & Bildung:

Soziales:

Sport:

Stadtentwicklung:

Stellenplan/Personal:

Umwelt:

Abfallwirtschaft

Verkehr:

Verwaltung:

Wirtschaft:

Frauen:

Integrationsrat:

Queer:

Berivan Aymaz

Gerd Brust

Jörg Frank

Dr. Ralf Unna

Svenja Rabenstein

Brigitta von Bülow

Sabine Pakulat

Gerd Brust

Horst Thelen

Marion Heuser

Elisabeth Thelen

Kirsten Jahn

Brigitta von Bülow

Dr. Matthias Welpmann

Gerd Brust

Lino Hammer

Manfred Richter

Jörg Frank

Julia Woller

Firat Yurtsever

Svenja Rabenstein/

Andreas Wolter

ABO?

Rathaus Ratlos KOSTENLOS!

Es gibt zwei Möglichkeiten:

1. E-Mail an gruene-fraktion@stadt-koeln.de
2. oder Postkarte an: GRÜNE im Kölner Rat, Rathausplatz 1, 50667 Köln

Bitte geben Sie an, ob Sie per Post die Printausgabe oder eine PDF-Datei als E-Mail erhalten wollen.



Foto: Annika Möller

Endlich! Ein Fernbusbahnhof für Köln

Seit der Liberalisierung des Fernbusmarktes Anfang 2013 hat sich der Fernbusverkehr auch in Köln rasant entwickelt. Günstige Verbindungen in alle Teile Deutschlands machen Köln als Standort attraktiv. Doch die Nebenwirkungen des zunehmenden Verkehrs sind deutlich spürbar: Regelmäßiges Verkehrschaos rund um den Hauptbahnhof und ein unattraktiver Ersatzstandort für Fernbusse in Deutz - ohne jegliche Infrastruktur wie Toiletten oder Warthäuschen.

Nach langwierigen Verhandlungen mit dem Flughafen Köln/Bonn zeichnet sich nun endlich eine Lösung ab. Der neue Fernbusbahnhof wird - wie von den GRÜNEN von Anfang an favorisiert und von Rat beschlossen - am Köln-Bonner Flughafen etabliert. Hier ist alles, was Fernbusreisende benötigen, bereits vorhanden: Neben sanitären Einrichtungen gibt es hier Supermärkte, Imbisse und Cafés. Der DB-Flughafenbahnhof

ist vom geplanten Standort keine zehn Gehminuten entfernt. Vom Flughafen-Bahnhof ist das Zentrum Kölns innerhalb von 12 Minuten mit der S- oder DB-Regionalbahn erreichbar und damit per öffentlichem Nahverkehr die gesamte Stadt.

Außerdem eröffnet die Verlagerung des Fernbusterminals große Chancen für den Breslauer Platz und seine Umgebung. Seit langem wird über eine Neugestaltung des Bereichs mit einer Öffnung zum Rhein diskutiert. Mit dem Abriss des einst als Provisorium errichteten „MusicalDome“ Ende 2015 wird genügend Freiraum geschaffen, eine städtebauliche Aufwertung des Bahnhofsumfeldes zu erreichen und die Verkehre vernünftig zu sortieren. Dazu soll auch eine Rampe verwirklicht werden, die es Radfahrern ermöglicht, auch auf der Nordseite der Hohenzollernbrücke den Rhein zu queren. lh

Ratsreporter Ignatz Igel



Aufgespießt

Seit Wochen streiten die Fraktionen darüber, ob die Ratswahl 2014 richtig ausgezählt wurde. Seit dem 25. Mai hadert die CDU mit dem Wahlergebnis. Im Wahlkampf hatte sie hochfliegende Pläne. Sie wollte stärkste Fraktion im Rat werden. Umso härter war die Bruchlandung. Sie verlor 0,7%. Seitdem ist sie auf der Jagd nach den verlorenen Stimmen. Nur 8 Stimmen trennen sie von einem weiteren Ratsmandat. Erst nachdem der Kommunalwahl-Ausschuss das amtliche Ergebnis feststellte, entdeckte die CDU einen Stimmbezirk in Rodenkirchen, in dem angeblich ihre Stimmen als SPD-Stimmen gewertet wurden. Indizien dafür gibt es zwar nicht, aber die penetrant wiederholte Behauptung verunsichert inzwischen Teile der Wählerschaft, wozu nicht unerheblich das Kölner Leitmedium beiträgt, dessen Redakteure eine Kampagne für Auszählung dieses Stimmbezirks betreiben. Wird dadurch das Wahlergebnis sicherer? Die GRÜNEN sagen nein und berufen sich auf die Mathematik. Das Auszählen nur eines Stimmbezirks macht das Wahlergebnis nicht sicherer, sondern könnte es sogar verfälschen. Denn in 1.024 Stimmbezirken gleichen sich nach der statistischen Lehre mögliche Zählfehler aus. Somit schafft nur eine komplette Neuauszählung wirkliche Sicherheit. Dies aber weisen das Innenministerium und die von Wahlleiter Guido Kahlen (SPD) herbeigerufenen Rechtsgelehrten als rechtlich unzulässig zurück, da bei der Auszählung keine Hinweise auf Unregelmäßigkeiten festgestellt wurden.

Die Wahrheit ist, dass die meisten Juristen schon immer mit Mathematik auf Kriegsfuß stehen. Wer erinnert sich nicht? Um den Mathe-Leistungskurs machten sie einen großen Bogen und studierten dann lieber Jura. Nicht ohne Grund heißt ein Rechtsgrundsatz: „Judex non calculat“ (Der Richter rechnet nicht). Nun landet der Streit vor Gericht. Und so könnte dann die Wahrheitsfindung an der Rechenschwäche der Rechtswissenschaft scheitern.

Termine

Montag, 20. Oktober, 19.00 Uhr
Grüne KreisMitgliederversammlung
 Wahl des Kreisvorstands
 Bürgerzentrum Nippes, Mauener Str. 92

Freitag, 24. Oktober, 18.00 Uhr
Besser Wirtschaften?!
 18. Böll-Forum NRW
 VHS, Bielefeld, Ravensberger Park 1

Donnerstag, 13. November, 15.30 Uhr
Ratssitzung
 Rathaus, Spanischer Bau

Dienstag, 16. Dezember, 14.00 Uhr
Ratssitzung
 Rathaus, Spanischer Bau